

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31

politisches

# Kalenderblatt

Pressediens für zeitgeschichtliche Jahrestage

## Dezember 93

02.12.1990

Heute vor 3 Jahren: Erste Bundestagswahl im vereinten Deutschland

07.12.1948

Heute vor 45 Jahren: Ernst Reuter wird Berliner Oberbürgermeister

11.12.1948

Heute vor 45 Jahren: Theodor Heuss an der Spitze der FDP

15.12.1990

Heute vor 3 Jahren: Die EG nimmt Kurs auf die Politische Union

18.12.1963

Heute vor 30 Jahren: Passierscheinabkommen in Berlin - Pilotprojekt für die "neue Ostpolitik"

20.12.1990

Heute vor 3 Jahren: Konstituierende Sitzung des 12. Deutschen Bundestages

31.12.1953

Heute vor 40 Jahren: Jahresrückblick 1953

## Erste Bundestagswahl im vereinten Deutschland

**H**eute vor drei Jahren, am 2. Dezember 1990, gehen die Menschen im vereinten Deutschland zum ersten Mal seit 1932 - also seit 58 Jahren - wieder zu gemeinsamen und freien Wahlen an die Urnen. Zwei Monate nach der staatlichen Wiedervereinigung sind mehr als 60 Millionen Wahlberechtigte in der Bundesrepublik Deutschland zur Stimmabgabe aufgerufen.

Sieger der Wahl wird die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl, die sich im neuen Bundestag auf 398 von 662 Abgeordneten stützen kann - also auf eine komfortable Mehrheit von über 130 Sitzen. CDU und CSU erhalten 43,8 Prozent der Stimmen, die FDP mit ihrem populären Außenminister Genscher klettert von 9,1 auf 11,1 Prozent. Die SPD fällt auf 33,5 % zurück; die westdeutschen Grünen, die 1987 noch 8,3 % erhalten haben, scheitern gar an der Fünf-Prozent-Hürde. Lediglich acht ostdeutsche Vertreter von Bündnis 90/Grünen (sowie 17 Kandidaten der SED-Nachfolgepartei PDS) schaffen aufgrund des besonderen Wahlrechts - der getrennten Anwendung der Fünf-Prozent-Klausel in den neuen Bundesländern - den Sprung in den 12. Deutschen Bundestag.

Die Wahlanalysen fördern einen "Ringtausch" der Wähler zutage: rund ein Drittel der Grünen-Wähler ist zur SPD abgewandert (und hat so das Wahldebakel der Öko-Partei verursacht), aber die SPD hat gleichzeitig so viele Stimmen an die Union und die FDP verloren, daß sie auf das schlechteste Ergebnis seit 1957 (31,8 %) zurückfällt. Bemerkenswert ist auch der Rückgang der Wahlbeteiligung (um fast sieben Prozent gegenüber der Bundestagswahl von 1987) - ein Trend, der sich seitdem besorgniserregend gefestigt hat.

Über die Gründe für den Wahlausgang braucht nicht lange gerätselt zu werden. Am Ende eines Jahres, das den Deutschen die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit gebracht hat, haben die Wähler in Ost und West die erfolgreiche Arbeit von Kohl und Genscher honoriert: in den Fragen der Abrüstung und bei der europäischen Einigung war die Bundesregierung seit Jahren Initiator und Schrittmacher, und seit dem Herbst 1989 hat Bonn sogar Richtung und Tempo der "großen Politik" in Europa bestimmt. Auf der anderen Seite hat der SPD-Spitzenkandidat Lafontaine nie ein die Wähler überzeugendes Verhältnis zum Thema der deutschen Einheit finden können, und die westdeutschen Grünen sind für ihre "Antipolitik" in Sachen Einheit mit dem Verlust der parlamentarischen Existenz bestraft worden.

Helmut Kohl, der "Kanzler der Einheit", steht daheim und weltweit auf dem Höhepunkt seines Ansehens. Entsprechend ist auch das Echo aus dem Ausland. Britische Zeitungen nennen ihn in ihren Wahlbetrachtungen "history man" - den Mann, der Geschichte machte; Frankreichs Staatspräsident Francois Mitterrand schreibt in einem Telegramm: "Diese Demonstration des Vertrauens Ihrer Mitbürger krönt ein historisches Jahr für Ihr Land und für Europa."

## Ernst Reuter wird Berliner Oberbürgermeister

**A**m 7. Dezember 1948 - heute vor 45 Jahren - wählt die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Stadtrat Ernst Reuter (SPD) zum Oberbürgermeister. Mit der Bestätigung seiner Wahl durch die drei Stadtkommandanten der Westsektoren tritt Reuter, der schon seit Monaten die Seele des Widerstands gegen die sowjetische Blockade ist, auch offiziell an die Spitze West-Berlins, das in jenem Winter 1948/49 buchstäblich um sein Überleben kämpft.

Tatsächlich war Reuter bereits im Jahr zuvor zum Oberbürgermeister gewählt, durch ein hartnäckiges Veto der Sowjetunion in der Alliierten Kommandantur aber an der Amtsübernahme gehindert worden. An seiner Stelle hatte auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung offiziell die SPD-Politikerin Louise Schroeder die Geschäfte des Oberbürgermeisters wahrgenommen; sie wiederum mußte - krankheitsbedingt - über weite Strecken von Bürgermeister Ferdinand Friedensburg (CDU) vertreten werden. - Die Wahlen in den drei Westsektoren am 5. Dezember 1948 erbringen dann ein überwältigendes Votum für die demokratischen Parteien und bedeuten zugleich eine Abfuhr für die Boykott-Aufrufe der SED.

Berlin steht in diesen Monaten im Zentrum des Ringens der ehemaligen Kriegsalliierten um die Zukunft Deutschlands und Europas. Hier prallen aufgrund der Vier-Mächte-Vereinbarungen aus der Endphase des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit die Gegensätze innerhalb der siegreichen Anti-Hitler-Koalition am härtesten aufeinander. Am 30. November 1948 - rund fünf Monate nach dem Beginn der Hungerblockade gegen die Westsektoren - wird unter sowjetischer Regie ein kommunistischer Magistrat an die Macht geputscht. Dies bedeutet nichts anderes als den Versuch eines Staatsstreichs in Berlin; der scheitert zwar an der Festigkeit der Westalliierten und am Durchhaltewillen der West-Berliner, besiegelt aber auf Jahrzehnte hinaus die Spaltung der Stadt.

Ernst Reuter, der ab 1950 den Titel Regierender Bürgermeister von Berlin führt und im September 1953 - allzu früh - stirbt, gehört zu den legendären Gestalten der westberliner und der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Für die Sowjets ist er nicht nur deshalb ein "rotes Tuch", weil er innerhalb der SPD zu den prominenten Vorkämpfern einer prowestlichen Bündnispolitik gehört; noch schlimmer ist in den Augen der Moskauer Zentrale, daß der 1889 geborene und früh der SPD beigetretene Reuter zwischen 1917 und 1921 ein führender deutscher Kommunist gewesen ist, der es unter Lenin zeitweilig sogar zum "Volkskommissar für die autonome sozialistische Sowjetrepublik der Wolga-deutschen" gebracht hat. Nach Rückkehr zur SPD wird Reuter Verkehrsdezernent in Berlin und bis zu Hitlers Machtübernahme im Jahre 1933 Oberbürgermeister von Magdeburg. Nach zweimaliger Haft im KZ flieht Reuter ins Ausland und übersteht die Nazi-Zeit als Regierungsberater in der Türkei, von wo er 1946 nach Berlin zurückkehrt.

## Theodor Heuss an der Spitze der FDP

**A**m 11. Dezember 1948 - heute vor 45 Jahren - schließen sich in Heppenheim an der Bergstraße die liberaldemokratischen Parteien in den drei Westzonen und in den Westsektoren Berlins zur Freien Demokratischen Partei (FDP) zusammen. Zum ersten Vorsitzenden des neuen Gesamtparteivorstands wird mit 72 von 89 Stimmen der Landtagsabgeordnete Theodor Heuss gewählt. In Deutschland ist in jenen Wochen und Monaten alles im Fluß, und noch weiß niemand genau, wohin die Reise gehen wird. Am Tag vor Heuss' Wahl hat der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rats in Bonn die erste Lesung des Grundgesetzes beendet. Heuss, der in der Weimarer Republik zeitweise Mitglied des Reichstages war, unmittelbar nach dem Krieg als Kultusminister der ersten Regierung von Württemberg-Baden angehörte und bald zu den herausragenden deutschen Publizisten dieses Jahrhunderts gezählt werden wird, tritt im Parlamentarischen Rat als Wortführer der Liberalen auf und übt großen Einfluß auf die schließlich beschlossenen Formulierungen des Grundgesetzes aus. Für die Liberaldemokraten, die seit 1848 stets vor dem Problem standen, die unterschiedlichen Richtungen des politischen Liberalismus in Deutschland - die eher "National"-Liberalen und die eher "Links"-Liberalen - organisatorisch zusammenzufassen, ist die Gründung der FDP eine bedeutende Errungenschaft der Nachkriegsgeschichte. Denn auch wenn die alten Spannungen niemals ganz verschwinden und sich in Krisenzeiten der Partei regelmäßig wieder verschärfen, so ist doch die Gründung der FDP der Beginn eines wesentlichen Stücks Parteiengeschichte der Bundesrepublik - und zugleich Grundlage eines wichtigen Beitrags zur Stabilität des Parteiensystems im Nachkriegsdeutschland.

Zudem ist Theodor Heuss ein Glücksfall für die FDP. Obwohl er nur kurz als Parteichef amtiert, schon bald von Franz Blücher abgelöst wird und nach seiner Wahl zum ersten Bundespräsidenten im September 1949 konsequent seine Parteimitgliedschaft ruhen läßt, gilt er den Menschen doch als der Repräsentant der FDP. Hochgebildet, kultiviert und (selbst-) ironisch vertritt der vielfache Buchautor und schwäbische "homme de lettres" mit Würde und Geist den jungen Staat nach innen und außen. Neben der überragenden Gestalt des Gründungskanzlers Konrad Adenauer ist er derjenige, der den Menschen in der Bundesrepublik der Nachkriegsjahre wieder zu einem Stück Identität verhilft; und seine Staatsbesuche im Ausland tragen entscheidend dazu bei, daß das demokratische Deutschland neues Vertrauen und Ansehen jenseits seiner Grenzen gewinnen kann. Ganz bewußt

 Forts.

86 Zeilen à 40 Anschläge  
Abdruck honorarfrei, Quellenhinweis (pk)  
Belegexemplar erbeten an NHP Verlag  
Hausdorffstraße 137, 53129 Bonn

11.12.1993

Heute vor 45 Jahren: 11.12.1948

## Theodor Heuss an der Spitze der FDP

Fortsetzung

knüpft Heuss an die geistigen und politischen Traditionen an, die der Nationalsozialismus brutal unterbrochen hatte, und seine Amtsführung gilt vordringlich dem Ausgleich innenpolitischer Gegensätze. Zehn Jahre - bis 1959 - bleibt er der „Bu Prä“ - wie er sich selbst in ironischer Distanz gegenüber Vertrauten nennt. Eine dritte Amtszeit, die ihm angetragen wird - und für die das Grundgesetz geändert werden müsste - , lehnt er ab. - Besonders lesenswert sind auch heute noch seine Tagebuchbriefe aus den frühen Jahren der Bundesrepublik, in denen er über seine Begegnungen mit Bundes- und Weltpolitikern, aber auch über Gespräche mit Wissenschaftlern und Diplomaten, Künstlern und Dichtern berichtet.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31

## Die EG nimmt Kurs auf die Politische Union

**A**m 15. Dezember 1990 beenden die Staats- und Regierungschefs der EG ein zweitägiges Gipfeltreffen in Rom, durch das die Europäische Gemeinschaft auf dem Weg zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion nachhaltig vorangebracht wird. Mit der Einsetzung zweier Regierungskonferenzen zu diesen Komplexen wird die Voraussetzung für jenen Vertrag von Maastricht geschaffen, auf den sich die Staats- und Regierungschefs dann im Dezember 1991 verständigen und der im Februar 1992 von den Außen- und Finanzministern der Zwölf unterzeichnet wird.

Gewiß: das große Mühlrad der Gemeinschaft dreht sich langsam und zermahlt oft nur mühsam und stockend die vielfältigen Widerstände, die sich ihm entgegenstellen. Aber am Ende geht die Entwicklung dann doch immer wieder ein Stück weiter in Richtung auf eine Harmonisierung der Politik in den Mitgliedstaaten - und zwar in allen Bereichen. Der EG-Gipfel in Rom, der heute vor drei Jahren zu Ende geht, ist hierfür ein gutes Beispiel. Der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, spricht anschließend von einem „Treffen mit der Geschichte“, und auch Bundeskanzler Helmut Kohl, der im Vorfeld - wieder einmal - gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand die Weichen gestellt hat, nennt die Tagung von Rom einen historischen Augenblick für die Europapolitik.

Tatsächlich beschließen die Staats- und Regierungschefs an jenem Ort, an dem 33 Jahre zuvor die damalige Sechsergemeinschaft mit den „Römischen Verträgen“ ihren Weg begonnen hat, der EG endlich die politische Statur zu verleihen, die ihrem wirtschaftlichen Gewicht entspricht. Nach dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs, nach der Vereinigung Deutschlands und nach dem Aufbruch der Völker Mittel- und Osteuropas in eine eigenständige und selbstbestimmte Zukunft ist es nur sinnvoll, daß die Zwölf ihrer Gemeinschaft ein politisches und wirtschaftliches Rückgrat einziehen wollen. Es ist noch gar nicht so lange her, da wirkten die Europäer schwach und uneins und schienen ohne Chance, jemals wieder von gleich zu gleich mit den beiden Supermächten reden zu können. Nun, nach der Epochenwende von 1989/90, ist plötzlich alles anders. Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn und die Völker der Sowjetunion - die zu diesem Zeitpunkt gerade noch ein Jahr zu existieren hat - wollen dringend ihre Beziehungen zur EG ausbauen und verbreitern, bis hin zu Fragen der künftigen Sicherheit.

 **Forts.**

15.12.1993

Heute vor 3 Jahren: **15.12.1990**

## Die EG nimmt Kurs auf die Politische Union

Fortsetzung

Bei alledem ist den verantwortlichen Politikern bewußt, daß die Bürger das neue Europa nur dann annehmen und sich in ihm heimisch fühlen werden, wenn die Eigenarten und Besonderheiten ihrer jeweiligen Heimat Berücksichtigung finden. Das etwas unhandliche Wort "Subsidiarität" sagt ja nichts anderes, als daß die zentralen Gremien nur solche Aufgaben übernehmen dürfen, die dezentral - also vor Ort, in größtmöglicher „Bürgernähe“ - nicht lösbar sind. Kein Wunder deshalb, daß seit dem Gipfel von Rom, der heute vor drei Jahren zu Ende geht, in den Hauptstädten der Gemeinschaft immer häufiger an das Beispiel des deutschen Föderalismus gedacht wird, wenn über Modelle für das künftige Europa nachgesonnen wird.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31



## Die EG nimmt Kurs auf die Politische Union

### Hintergrund

Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Abschluß des EG-Gipfels in Rom, 15. Dezember 1990 (Auszüge)

**N**icht jeder Europäische Rat verdient das Attribut „historisch“, aber ich bin überzeugt, daß wir gestern und heute in Rom eine wichtige Wegmarke in der Europäischen Politik erreicht haben:

Mit der Einsetzung der Konferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Politische Union gehen wir in eine weitere entscheidende Phase der europäischen Politik - entscheidend nicht zuletzt für uns Deutsche, die wir jetzt nach der Herstellung der deutschen Einheit aufgerufen sind, unsere ganze Kraft darauf zu verwenden, das europäische Werk voranzubringen und damit einen Traum der Besten unseres Landes in diesem Jahrhundert zu erfüllen . . .

Wir treten nachdrücklich für eine Politische Union auf föderaler Grundlage ein; wir wollen nicht mehr Zentralismus, sondern ein Europa, in dem der Bürger sich wiederfindet, das auf dem Prinzip der Subsidiarität beruht.

Wir halten es für notwendig, die Kompetenzen der Gemeinschaft in verschiedenen Bereichen zu erweitern, so beispielsweise in der Umweltpolitik.

Wir brauchen aber auch eine gemeinsame Politik in bestimmten Kernbereichen der Innenpolitik - hierzu gehören unter anderem Einwanderungs- und die Asylfragen, Drogenbekämpfung und der Kampf gegen die international organisierte Kriminalität.

Wir halten es ferner für unerläßlich, rechtzeitig vor der nächsten Europawahl die Rechte des Europäischen Parlaments nachhaltig zu stärken. Dies schließt nicht zuletzt Fortschritte auf dem Wege zu einer echten Mitentscheidung des Parlaments zur Gesetzgebung ein . . .

Schließlich müssen wir zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommen, die es uns ermöglicht, unsere Interessen als Europäer in der internationalen Politik besser zur Geltung zu bringen . . . Zu dieser Verantwortung gehört auch . . . die künftige Politik der Gemeinschaft gegenüber . . . den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Ich spreche ausdrücklich von Verantwortung, denn es genügt nicht, den jungen Demokratien in diesem Teil Europas nur gute Ratschläge mit auf den Weg zu geben. Wer will, daß die Demokratie in diesen Ländern auf Dauer gefestigt wird, muß auch zur Solidarität bereit sein.

## Passierscheinabkommen in Berlin - Pilotprojekt für die "neue Ostpolitik"

**A**m 18. Dezember 1963 - heute vor 30 Jahren - tritt in Berlin das erste Passierscheinabkommen in Kraft. Bis zum 5. Januar 1964 können die Bürger West-Berlins ihre Verwandten im Ostteil der Stadt besuchen. Seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 - also seit über 28 Monaten - ist dies überhaupt zum ersten Mal wieder die Möglichkeit zu geregelten menschlichen Begegnungen in der geteilten Metropole. Und der Andrang übertrifft alle Erwartungen: in endlosen Schlangen warten die West-Berliner geduldig vor den Ausgabestellen für die Passierscheine, die sie zum Betreten Ost-Berlins berechtigen. Insgesamt machen über 1,2 Millionen Menschen während der Weihnachtstage und über den Jahreswechsel von dieser Möglichkeit Gebrauch - weit mehr, als die Ost-Berliner Machthaber für möglich gehalten hatten.

Vorausgegangen sind schwierige Verhandlungen zwischen dem Berliner Senat und den Behörden der DDR. SED-Chef Ulbricht will dem Passierscheinabkommen eigentlich den Charakter eines völkerrechtlichen Vertrages geben, um eine Aufwertung der DDR sowie eine Bestätigung der östlichen „Dreistaatentheorie“ zu erreichen. Der Senat hingegen behandelt die Angelegenheit in enger Abstimmung mit der Bundesregierung lediglich als eine verwaltungstechnische Vereinbarung. Willy Brandt, damals Regierender Bürgermeister von Berlin, spricht in seinen Erinnerungen von den „Verrenkungen“, die nötig wurden, um ein Abkommen zustande zu bringen, „das weder Anerkennung bedeutete noch den Charakter eines völkerrechtlichen Vertrages hatte, noch mit Hoheitsakten der DDR auf unserem Gebiet verbunden war“. Die ganze Angelegenheit wird schließlich so kompliziert, daß sie auch in dieser Hinsicht wie ein Vorspiel zur späteren „neuen Ostpolitik“ des Bundeskanzlers Brandt wirkt - denn darum handelt es sich beim Passierscheinabkommen: es ist der Versuch, im Rahmen eines halbwegs geregelten Nebeneinanders mit der anderen Seite wenigstens in begrenztem Umfang menschliche Erleichterungen zu erreichen, ohne in den grundlegenden Rechts- und Statusfragen unwiederbringliche Zugeständnisse zu machen. - Übrigens tritt das Abkommen genau am 50. Geburtstag Willy Brandts in Kraft - der heute, am 18. Dezember 1993, 80 Jahre alt geworden wäre.

Um den Totensonntag und um Weihnachten 1964, über Weihnachten und den Jahreswechsel 1965/66 sowie zu Ostern

 **Forts.**

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
**18**  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31

80 Zeilen à 40 Anschläge  
Abdruck honorarfrei, Quellenhinweis (pk)  
Belegexemplar erbeten an NHP Verlag  
Hausdorffstraße 137, 53129 Bonn

18.12.1993

Heute vor 30 Jahren: 18.12.1963

## Passierscheinabkommen in Berlin - Pilotprojekt für die "neue Ostpolitik"

Fortsetzung

und Pfingsten 1966 kommt es zu weiteren Passierscheinabkommen, die wiederum millionenfache Verwandtenbesuche und Begegnungen ermöglichen. Aber wie beim ersten Passierscheinabkommen gilt die Besuchserlaubnis nur für West-Berliner mit Verwandten im anderen Teil der Stadt und nur für den Ostsektor Berlins. Nach dem Frühsommer 1966 gibt es überhaupt kein Passierscheinabkommen mehr; erst das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin von 1971 und der 1972 zwischen Bonn und Ost-Berlin geschlossene Grundlagenvertrag ebnet wieder den Weg zu geregelten Besuchsmöglichkeiten für die West-Berliner - und diesmal sind sie großzügiger und weiter gefaßt als beim „Pilotprojekt“ des Passierscheinabkommens, das heute vor 30 Jahren in Kraft tritt.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31

## Konstituierende Sitzung des 12. Deutschen Bundestages

**A**m 20. Dezember 1990 - heute vor drei Jahren - tritt im Berliner Reichstag der 12. Deutsche Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Sitzungen eines gesamtdeutschen Bundestages gibt es zwar schon seit dem 4. Oktober 1990 - dem Tag nach der staatlichen Wiedervereinigung der Deutschen; aber die Sitzung vom 20. Dezember 1990 ist insofern ein Novum, als der neue Bundestag erstmals aus gemeinsamen freien Wahlen hervorgegangen ist. Die Stimmung ist nicht mehr so überschäumend wie noch Anfang Oktober, aber dazu mögen auch die Sorgen der Menschen wegen des drohenden Krieges am Golf und die Ungewißheit über die Zukunft der Sowjetunion beitragen. Denn am selben Vormittag, da in Berlin die neugewählten Abgeordneten des Bundestages bei grauem und verhangenem Wetter dem Reichstagsgebäude zustreben, erklärt in Moskau Außenminister Schewardnadse völlig überraschend seinen Rücktritt. Die perplexen Deputierten des Volkskongresses schockiert er mit der Erklärung, sein Amtsverzicht erfolge aus „Protest gegen das Herannahen einer Diktatur“.

In Berlin beginnt derweil der Alltag der deutschen Einheit, um deren Zustandekommen sich eben jener Eduard Schewardnadse nicht geringe Verdienste erworben hat. Die Abgeordneten des ersten wirklichen gesamtdeutschen Parlaments bestätigen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) erwartungsgemäß in ihrem Amt, wählen die Abgeordneten Frau Schmidt und Becker (SPD), Klein (CSU) und Cronenberg (FDP) zu Vizepräsidenten und lehnen die Anträge von Bündnis 90/Grünen und PDS ab, die vergeblich versuchen, im neuen Bundestag den Fraktionsstatus zu erhalten.

Daß die Sitzung im Reichstag trotz aller äußerlichen Routine dennoch Glanz bekommt, ist dem Alterspräsidenten Willy Brandt zu verdanken. Seine von allen Seiten mit Beifall und Lob bedachte Eingangsrede stellt drei große Aufgaben der künftigen Politik heraus: die Herstellung möglichst gleicher Lebensverhältnisse in Deutschland, „einen qualitativen Sprung nach vorn“ bei der Einigung Europas und die Übernahme von deutscher Mitverantwortung für die Überlebensfragen der Menschheit und für den Frieden in der Welt. Ausdrücklich grüßt Brandt „die Landsleute in den neuen Bundesländern, in Goethes und Schillers Thüringen, in Bachs und Leibniz` Sachsen, in Luthers und Nietzsches Sachsen-Anhalt - wenn es das schon gegeben hätte - , in Fritz Reuters und

20.12.1993

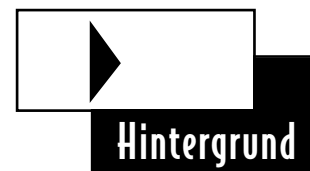
Heute vor 3 Jahren: **20.12.1990**

## Konstituierende Sitzung des 12. Deutschen Bundestages

Fortsetzung

Ernst Barlachs Mecklenburg, in Caspar David Friedrichs Vorpommern, in Schinkels und Fontanes Brandenburg, in Humboldts und Hegels jetzt nicht mehr zerklüfteten Berlin". Er würdigt die Opfer der kommunistischen und der nationalsozialistischen Diktatur, und er beschwört die Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden: „Die Last dieser schrecklichen Vergangenheit wird nur dann leichter, wenn wir sie für unser Volk immer noch einmal annehmen.“ - Und er endet mit der Feststellung, sein politisches Leben sei mit der deutschen Einheit in Freiheit noch nicht erfüllt. „Das ist zu kurz gedacht und zu eng. Ich möchte den Tag sehen, an dem Europa eins geworden sein wird.“

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31



## Konstituierende Sitzung des 12. Deutschen Bundestages

Hintergrund

Dokumentation: Rede des Alterspräsidenten Willy Brandt zur Eröffnung des 12. Deutschen Bundestages im Berliner Reichstag, 20. Dezember 1990 (Auszüge)

**W**as aber wäre große Freude ohne Selbstprüfung? Nehmen wir, darf ich fragen, hinreichend wahr, wozu uns die Geschichte einlädt? - Verantwortung für die Geschichte: ich hoffe, das vereinte Deutschland nimmt sie mit allen ihren Seiten an . . .

Sicherlich sind es wirtschaftliche Nöte und soziale Sorgen, die für viele im Vordergrund stehen und die die Gesetzgeber wie die Regierenden in der vor uns liegenden Zeit beschäftigen werden: Arbeitsplätze, Wohnungen, klare Eigentumsverhältnisse, Sicherheit im Gesundheits- und Bildungswesen, Erneuerung der Infrastruktur und nicht zuletzt deutlich erkennbarer Abbau der Umweltlasten. Ich bin davon überzeugt: Alles dies ist zu schaffen.

Aber ich meine auch, wir schaffen es leichter, wenn wir auch die nichtmateriellen Faktoren wichtig genug nehmen . . Ich beschwöre unsere Landsleute: Möge das Gefühl, auf der falschen Seite der Geschichte gestanden zu haben, sich nicht in Mutlosigkeit oder gar Aggressivität entladen. Möge es in dem Gefühl aufgehoben sein, daß niemand zu spät kommt, wenn sich das Leben weitet . . .

Deutsch und europäisch gehören jetzt und hoffentlich für alle Zukunft zusammen. Europa wird nicht an den Staaten vorbei, sondern nur mit diesen geschaffen werden. Gute und lebendige Traditionen werden dabei nicht untergehen, regionale Zusammenschlüsse neue Chancen erhalten.

Wir erinnern uns noch einmal: Ohne die freiheitliche Selbstbehauptung des deutschen Westens und Berlins hätte jede Hoffnung unserer Landsleute zwischen Elbe und Oder erlöschen müssen. Wir wissen auch: Unsere Freiheit hätten wir nicht bewahren können, wäre sie nicht durch die Atlantische Allianz und im wachsenden Maße durch die Prosperität und Solidarität der Europäischen Gemeinschaft geschützt worden . . Thomas Mann hat das Wort geprägt, das auch zu unserer Verfassung paßt: Nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland muß das Ziel unserer Anstrengungen sein. - Europa bauen, das ist gewiß nicht Sache Deutschlands allein, aber von unserer Mitverantwortung hängt es ab, daß der Wohlstandshungrige und freiheitsdurstige Osten nicht alleingelassen wird.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30

## Jahresrückblick 1953

**A**m 31. Dezember 1953 geht ein Jahr zu Ende, in dem die Zahl der Personenkraftwagen in der Bundesrepublik Deutschland erstmals die Millionengrenze überschreitet. In zwölf Monaten sind knapp 228.000 PKWs und fast 350.000 Motorräder neu zugelassen worden. Die Zahl der Rundfunkgeräte hat die 11-Millionen-Marke übersprungen, die der „Fernsehrundfunkgeräte“ hat zu den Weihnachtstagen die „magische“ Zahl von 10.000 erreicht. Kühlschränke (es gibt sie gerade in einem von zehn Haushalten), erst recht aber Waschmaschinen und Elektroherde sind ebenfalls noch Mangelware. Fast alle Wohnungen sind überbelegt, viele haben gar keine oder keine richtige Küche - und kein richtiges Wohnzimmer; Eltern und Kinder schlafen sehr oft noch in einem Raum. Es dominieren Ofenheizungen und Kohleherde; Bäder innerhalb der Wohnung sind längst kein Standard, Toiletten gibt es häufig nur im Treppenhaus. 15 Millionen Westdeutsche fahren vorwiegend Fahrrad. Die Zahl der Telefon-Hauptanschlüsse beträgt gerade einmal 1,7 Millionen; zusammen mit den „amtsberechtigten Nebenanschlüssen“ sind es insgesamt auch nur drei Millionen. An den westdeutschen Hochschulen gibt es alles in allem weniger als 120.000 Studenten, und nur ein gutes Viertel der erwachsenen Bevölkerung hat innerhalb der letzten Jahre eine Urlaubsreise machen können. Dafür liegt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei etwa 49 Stunden - Überstunden nicht gerechnet. In vielen Branchen wird noch über 50 Stunden gearbeitet. Männliche Facharbeiter verdienen in der Industrie brutto 1,90 DM die Stunde; entsprechend sieht der durchschnittliche Bruttowochenverdienst aus: er liegt bei gut 90DM (bei weiblichen Fachkräften bei rund 53DM).

Trotzdem: das „Wirtschaftswunder“ gewinnt an Fahrt, Wohnungsbau und Eigenheimbau boomen, die Motorisierung kommt in Gang. Die Technisierung des Alltags schreitet fort, der Komfort der modernen Massenzivilisation bricht sich auf breiter Front Bahn. Aber alles geht doch viel langsamer, als es nachträglich erscheinen mag: die „Reisewelle“ setzt erst 1954 ein; die Zahl der PKWs übertrifft erst 1957 die der Motorräder - und es wird sogar noch 20 Jahre dauern, bis die Westdeutschen jenen Grad der Motorisierung erreicht haben, den die USA bereits zum Jahresende 1953 verzeichnen! - Dafür gibt es 1953 in der Bundesrepublik aber 11.000 Verkehrstote - angesichts der äußerst geringen Verkehrsdichte eine furchtbare Zahl, die eigentlich schon alles über das katastrophale Straßennetz und die mangelnde Sicherheitstechnik jener Zeit sagt.

 **Forts.**

97 Zeilen à 40 Anschläge  
Abdruck honorarfrei, Quellenhinweis (pk)  
Belegexemplar erbeten an NHP Verlag  
Hausdorffstraße 137, 53129 Bonn

31.12.1953

Heute vor 40 Jahren: **31.12.1953**

## Jahresrückblick 1953

Fortsetzung

Das Fernsehen, heute eher ein Sinnbild der Fragmentierung der Gesellschaft, ist 1953 noch ein echtes „Gemeinschaftserlebnis“: bei Großereignissen drängen sich in Lokalen und Restaurants Mensentrauben um die wenigen Geräte. Höhepunkt des Jahres auf der Mattscheibe: die Krönung der britischen Königin Elisabeth II. im Juni. Es wird noch länger dauern, bis das neue Medium, welches im Dezember 1952 mit einem kurzen, regelmäßigen Abendprogramm des NWDR gestartet worden ist, seinen Siegeszug antreten kann; selbst Anfang 1955 sind weniger als 100.000 TV-Teilnehmer bei der Post registriert.

Das herausragende politische Ereignis im Deutschland des Jahres 1953 ist der gescheiterte Volksaufstand des 17. Juni in der DDR. Insgesamt fast 332.000 Menschen flüchten in den zwölf Monaten zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 1953 aus der DDR und aus Ost-Berlin in die Bundesrepublik - mehr als in irgendeinem Jahr davor oder danach. Erst 36 Jahre später, im Revolutionsjahr 1989, werden es mit rund 344.000 noch mehr sein. Das ist dann allerdings auch das letzte Jahr der DDR.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31